

Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung

Wortlaut der Kleinen Anfrage

der Abgeordneten Ina Korter und Heiner Scholing (Bündnis 90/ Die Grünen), eingegangen am

Was tut die Landesregierung, um eine möglicherweise einseitige Information oder gar politische Beeinflussung durch Jugendoffiziere der Bundeswehr an den niedersächsischen Schulen auszuschließen?

Nach einer dpa-Meldung „Friedensinitiativen sollen stärker in Schulen wirken“ vom 10. Juni 2014 plant die Baden-Württembergische Landesregierung, Friedensorganisationen stärker in den Prozess der politischen Bildung in Schulen einzubeziehen. Rheinland-Pfalz hat bereits 2011 als erstes Bundesland eine Kooperation mit verschiedenen Friedensorganisationen geschlossen. Nach Angaben der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) gibt es diesbezüglich weiterhin bundesweit ein Ungleichgewicht, da acht von 16 Bundesländern Kooperationsvereinbarungen mit der Bundeswehr eingegangen sind und diese deshalb weitgehend allein im Schulunterricht über die deutsche Sicherheitspolitik informieren.

Auch wenn Niedersachsen eine solche Kooperation unter der früheren schwarz-gelben Landesregierung nicht angestrebt hat, wurde der Besuch von Jugendoffizieren in Schulen ausdrücklich unterstützt, entspräche dieses doch dem „Gedanken des Staatsbürgers in Uniform“ und trage zur „gesellschaftlichen Integration der Streitkräfte bei“. Zudem sei die Bundeswehr der einzige Kooperationspartner zu den Themen Außen- und Sicherheitspolitik in der NiBiS-Datenbank (siehe Drucksache 16/ 2472 oder 16/3733).

Im Koalitionsvertrag von SPD und Grünen von 2013 ist festgehalten, dass „die Schule ohne einseitige Beeinflussung durch Interessenverbände oder Werbeveranstaltungen“ bleiben soll und „bei Informationsveranstaltungen der Bundeswehr an Schulen entscheiden die Schülerinnen und Schüler bzw. die Erziehungsberechtigten über die Teilnahme“(S.45).

Vor dem Hintergrund der oben angeführten Punkte wird in Fachkreisen auch in Niedersachsen eine Stärkung von Friedensinitiativen und -organisationen bei Besuchen von Jugendoffizieren in Schulen in Niedersachsen für wünschenswert gehalten, um somit von vornherein jeglichem Anschein einer einseitigen Information oder gar Beeinflussung entgegenzutreten und die Schulen in der Einhaltung des Beutelsbacher Konsenses zu unterstützen. Zugleich wird eine Regelung für sinnvoll erachtet, die den Schülerinnen und Schülern die freiwillige Teilnahme bzw. Nichtteilnahme an Informationsveranstaltungen der Bundeswehr in der Schule ermöglicht.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Kenntnis hat die Landesregierung von Besuchen der Bundeswehr und wie beurteilt sie die derzeitige Praxis der Besuche von Jugendoffizieren an niedersächsischen Schulen?
2. Wie beurteilt die niedersächsische Landesregierung den Vorstoß der Baden-Württembergischen Landesregierung, Friedensorganisationen- und initiativen stärker in den Prozess der politischen Bildung einzubeziehen und gibt es seitens des niedersächsischen Kultusministeriums bzw. der Landesschulbehörde Bestrebungen, die NiBiS-Datenbank zu erweitern, um so die Schulen mit einer größeren Auswahl bei ihrer Suche nach externen Partnerinnen im Bereich der politischen Bildung zu unterstützen?
3. Sind für die oben genannten Zielvorstellungen grundsätzliche Erlass- bzw. Schulgesetzänderungen vonnöten? Wenn ja, welche?